

Übergabe der Unterschriftenlisten zum Manifest an das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt am 18. Juni 2018

Am 18. Juni 2018 war es endlich soweit.

Wir konnten der neu gewählten Bundesregierung die Unterschriften von rund 2000 Bürgerinnen und Bürgern überreichen, die eine aktive Palästina-Politik Deutschlands und die Anerkennung des Staates Palästina fordern.

Nach einer formlosen, aber sehr freundlichen Entgegennahme der Unterschriftenlisten im Kanzleramt hatten wir einen über zweistündigen, gut vorbereiteten, sehr ausführlichen und sachlichen Gedankenaustausch mit Herrn Dr. Ernst und Herrn Schneider vom Nahostreferat im Auswärtigen Amt.

Fünf Fragenkomplexe konnten wir im AA erörtern und unsere klaren Positionen dazu darlegen: die Relevanz des Völkerrechts (Art. 25 GG) für die deutsche Palästina-Politik und die Verbindlichkeit von UN-Sicherheitsrat-Resolutionen auch für Israel, der Umgang der Bundesregierung mit den EU-Vorgaben zur Kennzeichnungspflicht von Siedlungsprodukten, Entschädigungsforderungen an Israel für von Deutschland finanzierte Einrichtungen in Palästina, die von der Besatzungsmacht zerstört wurden, die Behandlung von Kindern durch die israelische Militärjustiz und die Enthaltung der Bundesrepublik im UN-Menschenrechtsrat bei der Aufarbeitung des Schießbefehls an der Grenze zu Gaza.

Die Haltung der Bundesregierung zu diesen Punkten wurde uns an vielen Beispielen verdeutlicht.

Es hat sich uns bestätigt, dass sowohl die Exekutive als auch Politikerinnen und Politiker, die es wollen, bestens über die Verhältnisse vor Ort informiert sind.

Aber was folgt daraus?

Zusammenarbeit wie bisher, um Schlimmeres zu verhüten, eine eigene Politik dagegen setzen oder eine Kombination von beidem?

Die deutsche Politik wird offenbar den ersten Weg weiter beschreiten wollen.

Aus der Geschichte wissen wir jedoch, dass sich dieser Weg bei zunehmend autoritären Regierungen, die eine klare Agenda der Machterweiterung verfolgen, als nicht erfolgreich erwiesen hat. Er ermutigt sie eher, durch immer neue Provokationen und Aktionen ihren Spielraum „scheibchenweise“ zu erweitern und festzuschreiben, während die Partner erschrocken und beschwichtigend zuschauen.

Diese Politik führt zu einer rein reaktiven Rolle Deutschlands und Europas und verwaltet nur den unerträglichen Status quo für die Palästinenserinnen und Palästinenser.

Wir hoffen, dass es bald in der Tradition deutscher Friedens- und Entspannungspolitik zu einem Umdenken der deutschen Politik und zu neuen Ansätzen kommt.

Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger verstärkt dazu auf, von ihren Bundestagsabgeordneten neben einer Israel-Politik eine aktive Palästina-Politik für die Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenwürde des palästinensischen Volkes einzufordern und den Staat Palästina anzuerkennen.

Wir werden uns als Initiative weiterhin dafür einsetzen.

Astrid Wortmann